

# Plädoyer für besseren Katastrophenschutz

## Traditioneller Neujahrsempfang der FDP mit THW-Ehrenpräsident Albrecht Brömme

**Mühdorf** — Albrecht Brömme, Ehrenpräsident des Technischen Hilfswerks (THW) aus Berlin, hat sich dafür ausgesprochen, die Erfahrungen aus Krisen nicht zu ignorieren und aus Katastrophen mehr zu lernen. „Wir brauchen in jedem Bundesland ein Landesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenvorsorge“, forderte Brömme vor 70 Zuhörern am Sonntag beim traditionellen Neujahrsempfang der FDP-Kreisverbände Mühdorf und Altötting im Restaurant „Altes Wasserschloß“ in Mühdorf.

### Ignoranz gegen Erkenntnis

Albrecht Brömme war von April 2006 bis 2019 Präsident der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. Zuvor war er ab Mitte 1992 Landesbranddirektor und Leiter der Berliner Feuerwehr. Brömme, der als Vorsitzender des Berliner „Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit“ (ZOES), immer noch seinen Einfluss auf die Berliner Politik hat, diagnostizierte in einem Hintergrundgespräch eine „Erkenntnis-Ignoranz“ in Deutschland. Vielen Politikern und Einsatzkräften falle es schwer, über eigene Fehler zu reden, sodass gleiche Fehler immer wieder gemacht werden. Brömme hat eine „Hochwasser-Demenz“ in Deutschland ausgemacht. Wenn es um Bebauungspläne oder den Rückbau versiegelter Flächen gehe, sei die Hälfte des Geschehens nach einem halben Jahr vergessen, nach einem Jahr alles. Kommunen und Anwohner würden genau an derselben Hochwasserstelle wieder bauen, „so etwas ist für mich absolut nicht nachvollziehbar.“

Der frühere THW-Präsident plädiert dafür, besser und vernetzter zu planen, um das Ausmaß von Schäden, wie sie bei der Flutkatastrophe im Ahrtal entstanden seien, zu reduzieren. Brömme sieht erheblichen Handlungsbedarf bei der Ausstattung des kommunalen Katastrophenschutzes und der Sensibilisierung der Bevölkerung sowie der Wirtschaft. Er plädiert für die Aufstellung eines „Landesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenvorsorge“ in jedem Bundesland. Bundesländer wie Rheinland-Pfalz würden ein Amt mit 140 Stellen realisieren. Ausbildung, Ausarbeiten von Übungsplänen sowie Monitoring seien wichtige Aufgaben.

„Bayern tut sich schwer, eine solche Behörde einzuführen“, weiß Brömme. Der ehemalige THW-Präsident appelliert aber auch an die Eigenverantwortung der Menschen, die eigene Resilienz (Widerstandsfähigkeit) zu erhöhen. Privathaushalte müssten selbst vorsorgen. „Kein Staat kann dies leisten. Dennoch gibt es eine übertriebene Erwartungshaltung der Menschen“, plädierte er am Beispiel eines Kurbelrads, das, weil vom Stromnetz unabhängig, in jedem Haus vorhanden sein sollte.

Im Bevölkerungsschutz geht es laut der FDP-Bundestagabgeordneten Sandra Bubendorfer-Licht nicht um „Angstmacherei“, sondern um „bewusste und aktive Auseinandersetzung mit Handlungsweisen im Ernstfall“. Deutschland müsse nach Ansicht der FDP-Bundestagsabgeordneten aus Ampfing darauf vorbereitet sein, Angriffe auf kritische Infrastrukturen abzuwehren. Die Angriffe auf die Nord Stream Pipeline sowie auf die Deutsche Bahn hätten die Notwendigkeit gezeigt.

Traditionell gibt es beim Neujahrsempfang der FDP keine Parteigrenzen, auch Landrat Max Heimerl wurde daher um ein Grußwort gebeten und er stellte darin die für die Landkreise brisante Frage der Unterbringung von Flüchtlingen in den Mittelpunkt. Dabei machte er deutlich, dass die Hilfe für Flüchtlinge, die in ihren Heimatländern um Gesundheit und Leben fürchten müssen, eine Pflicht sei, über die man nicht



**Engagierter Referent:** THW-Ehrenpräsident Albrecht Brömme überzeugte mit seiner konsequenten Art, auch unangenehme Tatsachen anzusprechen.

FOTO KRB

diskutieren dürfe. „Wir müssen denen helfen, die unsere Hilfe wirklich brauchen. Dazu braucht es Regeln, denn sonst überlasten wir das System“, so der Landrat. Man müsse derzeit eine Flüchtlingskrise bewältigen in ähnlichen Dimensionen wie dies im Jahr 2015 der Fall war, diesmal sei die Krise aber im öffentlichen Bewusstsein nicht so präsent wie 2015, die Probleme und Auswirkungen seien aber sogar noch dringlicher und schwerer. „Die Überlastung der Kommunen ist vorprogrammiert“, unterstrich Heimerl.

Ähnlich argumentierte Mühldorfs stellvertretende Bürgermeisterin Ilse Preisinger-Sontag. Sie verwies auf die großen Probleme, vor denen die Stadt bei der Aufnahme einer steigenden Zahl von Flüchtlingen stehe. Waldkraiburgs Bürgermeister Robert Pötzsch kritisierte deutlich, dass man aus dem Jahr 2015 offensichtlich nichts gelernt habe. Immer nur zu sagen „die Ampel ist schuld“, das wollte der Bundestagsabgeordnete der FDP, Thomas Hacker aus Bayreuth, als Gastredner nicht stehen lassen. „Wir wissen alle, dass humanitäre Hilfe nicht verhandelbar sein kann“, stellte er klar.

## **Gegen neue Bürokratielasten**

Mit drei Entlastungspaketen habe die Bundesregierung dafür gesorgt, die kalte Progression bei der Einkommensteuer abzubauen. „Der Staat darf an der hohen Inflation nicht auch noch verdienen. Die Bürger seien mit Energiepreispauschalen, Einmalzahlungen wie den Kinderbonus und Heizkostenzuschüssen unterstützt worden. Für die Wirtschaft darf es nach Ansicht des FDP-Politikers keine neuen Bürokratielasten geben. Im Gegenteil müssten Unternehmen entlastet werden, so Hacker. krb